

Starke Stimme für die Landwirtschaft: Minister Totschnig fordert Bürokratieabbau

Agrarspitze betont auf der Grünen Woche in Berlin die Notwendigkeit, EU-Agrarpolitik auf Wettbewerbsfähigkeit und Bürokratieabbau zu fokussieren.



LKÖ Präsident Josef Moosbrugger (l.) und Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig auf der Grünen Woche in Berlin. © Bauernbund / Christian Esterl

Im Rahmen der **Grünen Woche** in Berlin haben hochrangige Vertreter der österreichischen Agrarpolitik eine klare Ansage an die neue EU-Kommission gemacht: Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Land- und Forstwirtschaft müsse wieder an oberster Stelle stehen, so die Worte von Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig, LK-Präsident Josef Moosbrugger sowie dem Obmann des Landwirtschaftsausschusses, Georg Strasser. Diese Forderungen sind angesichts der herausfordernden

Marktsituation und der anhaltenden Bürokratiebelastungen besonders wichtig.

Minister Totschnig unterstrich in seiner Rede die Wichtigkeit, im Jahr 2025 zentrale Entscheidungen für die Zukunft der europäischen Agrarpolitik zu treffen. "Es braucht eine EU, die stark und wettbewerbsfähig ist und sich auf internationalem Parkett behaupten kann", erklärte er. Um dies zu erreichen, gelte es, eine nachhaltig produzierende **Landwirtschaft** zu priorisieren und gleichzeitig Lagerhaltungskosten für die Erzeuger zu minimieren. Er fordert eine Politik, die Einkommen sichert, statt Kürzungen vorzunehmen, und die Bürokratie abbaut, anstatt neuen Regulierungen Vorschub zu leisten.

Herausforderungen der EU-Agrarpolitik

Totschnig kritisierte, dass neue Bürokratie und zusätzliche Produktionsauflagen der Wettbewerbsfähigkeit der Bauern schaden und viele bäuerliche Familienbetriebe demotivieren. "Die europäische Landwirtschaft ist für unsere Sicherheit von strategischer Bedeutung. Es bedarf Planbarkeit und fairer Wettbewerbsbedingungen, besonders in Bezug auf Abkommen wie das mit Mercosur und das neue Assoziierungsabkommen mit der Ukraine", so der Minister.

Der LK-Präsident, Josef Moosbrugger, betonte die Wichtigkeit der Verankerung bäuerlicher Anliegen auf allen politischen Ebenen. "Wir stehen an einem entscheidenden Punkt, der das Schicksal der Land- und Forstwirtschaft beeinflussen kann", hielt er fest und verwies darauf, wie wichtig Netzwerke und politische Allianzen sind. Die IGW Berlin sei eine wertvolle Plattform dafür.

Moosbrugger begrüßte die neuen Impulse der EU-Kommission und möchte mit konkreten Vereinfachungsvorschlägen die Bürokratie entscheidend reduzieren. Die neue Hoffnung der Landwirte ruhe auf dem EU-Agrarkommissar Hansen, von dem man sich wesentliche Verbesserungen verspricht.

Für die Zukunft der **Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)** ist eine bewährte Praxis entscheidend. Moosbrugger äußerte den Wunsch, vorhandene Probleme zu analysieren und wo nötig zu verbessern oder gar abzuschaffen. "Es gibt keinen Platz für fundamentale Umbrüche, die die Betriebe gefährden könnten", warnte er abschließend und appellierte dafür, die GAP-Mittel im anstehenden Mehrjährigen Finanzrahmen ausreichend auszustatten. Nur so können die bäuerlichen Leistungen für die gesamte Gesellschaft garantiert werden.

Georg Strasser, Präsident des **Bauernbunds** und agrarpolitischer Sprecher der ÖVP, forderte in den aktuellen Regierungsverhandlungen mehr Planungssicherheit für tierhaltende Betriebe. "Unsere Bauernfamilien verdienen es, gehört zu werden. Der Bauernbund ist die Stimme der Bäuerinnen und Bauern", so Strasser. Er fordert sowohl Planungs- und Investitionssicherheit als auch Klarheit bei zukünftigen Investitionen.

Die Diskussion um die Agrarpolitik bleibt spannend, und die österreichischen Bäcker und Konditoren sind ebenso auf diese Entwicklungen angewiesen. Ein starkes, regionales Handwerk braucht Solidität in der Agrarpolitik, um Qualität und Wertschöpfung im Land zu sichern.

Besuchen Sie uns auf: baeckerzeitung.at